



healtheconomy



© Hartmut Hankel/geb

NEUES ANGEBOT

In Althofen startet ein neues Angebot für Reha nach Krebskrankungen **Seite 23**

NEUES GELD

Die Biotechfirma Zytotec holt sich neues Geld von Investoren **Seite 24**

NEUES GESICHT

HARTLAUER WIRBT MIT KARL MOIK

SHORT



Neustart Der Gesundheits- und Spitalsdienstleister Vamed, der neben Rehaeinrichtungen in der Vamed Vitality World auch Österreichs größte Thermeengruppe betreibt, hat das Dungi Ressort im Kemptal umorganisiert. Mit dem neuen „la pura women's health resort kemptal“ hat die Vamed ein innovatives, in Österreich bislang einzigartiges gesundheitstouristisches Angebot entwickelt, das sich speziell an den Bedürfnissen von Frauen orientiert, sagt Vamed-Sprecher Ludwig Bichler. **Seite 23**



Probleme Die zweite Hubschiffschiff innerhalb von vier Monaten verunsichert nicht nur die Anleger. Nachdem bereits im Dezember die Entwicklung eines Impfstoffkandidaten gegen Reisedurchfall eingestellt werden musste, gab die börsennotierte Wiener Biotechfirma InterCell am Montag bekannt, dass ein unabhängiges „Data Monitoring Committee“ die Aussetzung der Aufnahme von Probanden in der laufenden Studie des Impfstoffkandidaten V710 empfohlen hat. Grund für diese Empfehlung war eine Vorab-Interimsanalyse der klinischen Phase der Impfstoffkandidaten zur Vorbeugung von Spitalsinfektionen. **Seite 24**

Spitalsreform: Kritiker machen jetzt mobil



Verhandlungen In Oberösterreich und der Steiermark wächst der Widerstand gegen Sparpläne in den Spitälern. Insgesamt sollen jeweils bis zu zehn Prozent der Betten gestrichen werden. Auch die österreichweiten Reformpläne wackeln. **Seite 22**

INHALT

Healthcare

- > Unis: Medizinerquote wird verlängert **22**
- > Uni Graz: Streit mit Rektorkandidat beendet **22**
- > Gespag präsentiert positive Bilanz für 2010 **23**

Pharmareport und Lifescience

- > WHO warnt vor Zunahme an Antibiotika-Resistenzen **23**
- > Experten warnen: Die Impfskepsis wächst **24**

Medizintechnik und eHealth

- > Pharmafirmen begrüßen Start der eMedikation **25**
- > OÖ-Cluster schreibt Wettbewerb aus **25**

Mit der Kraft biologischer Papayas

Bei Sodbrennen
Bei Darmträgheit
Bei gereiztem Darm

Rezeptfrei in Ihrer Apotheke.
20 Stück à 20 ml.

www.caricol.com

werben wo's wirkt

in einzelnen Fachrichtungen

- Allgemeinmedizin
- Dermatologie
- Gynäkologie und 6 weitere

geografisch

und/oder nach Merkmalen

- Akupunktur
- Ernährung
- Homöopathie und 57 weitere

Kirchdorf an der Krems

Österreichs führendes Wartezimmer-TV in 800 Top-Ordinationen

www.y-doc.at

EDITORIAL

Was uns gesund und krank macht



MARTIN RUMMELE

Übergewichtige und rauchende Empfänger von öffentlicher Gesundheitsfürsorge sollen im US-Bundesstaat Arizona künftig Strafe zahlen. Das steht in einem geplanten Maßnahmenpaket der Gouverneurin Jan Brewer vor, mit dem sie die leeren öffentlichen Kassen ihres Bundesstaats entlasten will. Auch chronisch kranke Bezieher der sogenannten Medicaid, der staatlichen Gesundheitshilfe für Arme, sollten mit 50 Dollar (35,4 Euro) im Jahr zur Kasse gebeten werden, wenn sie sich nicht an den ärztlichen Rat halten.

Die Gebühr solle einen „erzieherischen Effekt“ haben, verlaute aus dem Büro der Republikanerin. Die Maßnahmen, die bisher in keinem anderen Staat gelten, müssen zuvor von der Bundesregierung in Washington genehmigt werden.

Was das mit Österreich zu tun hat? In Debatten um Gesundheitsreformen werden solche Ideen auch immer wieder hierzuland laut. Experten wollen mehr Eigenverantwortung der Menschen. Allerdings kritisieren andere, dass es nicht die Menschen selbst sind, sondern ihre Lebensumstände, die krank machen: Umweltverschmutzung, Verkehr, Lärm, niedrige Einkommen und Agrarförderungen, die ungesunde Verhaltensweisen billigen. Hier anzusetzen ist allerdings viel schwieriger, als monetär zu bestrafen.

Gesundheitspolitik Leere Kassen lassen wenig Spielräume für Verhandlungen; Länder wollen bei Spitälern sparen

Spitalsreform: In Ländern wächst der Widerstand

Oberösterreich und die Steiermark verteidigen trotz der Kritik ihre Reformpläne.

MARTIN RUMMELE/MARTIN LINK

Wien/Linz/Graz. Während Bund, Länder und Krankenkassen gerade mit den Verhandlungen über eine Spitalsreform beginnen, wächst nun in den Ländern der Widerstand gegen die dort angekündigten Sparpläne in den Kliniken. Zwar scheint es, als ziehen weiterhin alle politisch Verantwortlichen an einem Strang und wollen die längst überfällige Reform endlich über die Bühne bringen; leicht wird es aber nicht.

In Oberösterreich sieht sich etwa der Gesundheitsreferent der Landesregierung, Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP), gezwungen, mit Ergebnissen einer Meinungsumfrage zu argumentieren. Demnach bezeichnen 82% der Befragten eine Reform als sehr wichtig oder zumindest wichtig.

Zuvor kam massiver Widerstand aus den Krankenhäusern, in denen Abteilungen zusammengelegt oder überhaupt verlegt und geschlossen werden sollen. Vor allem die Konzentration der Herzchirurgie in Linz weckte Widerstand in Wels und im Innkreis.

In der Steiermark verging kaum ein Tag seit Bekanntgabe der Spitalsreformvorhaben ohne Intervention bei der zuständigen Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP): In Murau (LKH Stolzalpe) sperrten Bedienstete, Politiker und Bürger zwei Mal einen Kreisverkehr, aus Hörgas und Enzenbach wurden Unterschriften für den Erhalt des Spitals geliefert, in Bruck, Wagner und Voitsberg riefen Regionalinitiativen zum politischen Widerstand auf. Allein, der Protest dürfte auch heute, Freitag, weitgehend verhallen, wenn die Gesundheitsplattform über den novellierten Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) entscheidet,



Gesundheitsminister Stöger ist Zuschauer: Die Länder setzen den Rotstift bei ihren Kliniken an und schließen sogar Standorte.

der die weitreichendsten Reformen der letzten Jahrzehnte vorsieht. „Über den Ausgang können wir nichts sagen, aber der RSG steht auf der Tagesordnung“, heißt es Edlingers Büro im Vorfeld.

Spielräume sind klein

Wie klein der Spielraum ist, zeigte sich beispielsweise, als eine Delegation 39.000 Unterschriften für das LKH Hörgas-Enzenbach der Spitalsreferentin übergab. Das Haus, eben erst um acht Mio. € modernisiert und für seine Lungenheilkunde beachtet, soll komplett geschlossen und die Immobilie verkauft werden. Auch dass die Pulmologie aus einem Reinluft- in ein Feinstaubgebiet verlegt wür-

de, beeindruckt Edlinger-Ploder wenig: „Auch die Kinderpulmologie ist in Graz.“ Sie nehme die Anliegen ernst, „es gibt jedoch keine Gründe, von den Plänen abzurücken“.

Herzlich, aber hart – so wie die Primari, Betriebsräte und Bürgermeister aus Hörgas mussten bisher alle Protestdelegationen unverrichteter Dinge wieder die Heimreise aus Graz antreten. Denn, anders als bisher, behält die rot-schwarze Reformmache diesmal trotz einiger Schlaglöcher die eingeschlagene Richtung bei.

In der Steiermark sollen wie berichtet elf Prozent der Betten eingespart werden, in Oberösterreich sind es neun. In beiden Fällen wurden die Reformvorhaben von externen Experten entwickelt und

sollen nun mit politischer Rückenbedeckung umgesetzt werden. Motor für die Reformen ist vor allem das fehlende Geld; die engen Spielräume lassen damit auch wenig Luft für Änderungen bei den Vorhaben.

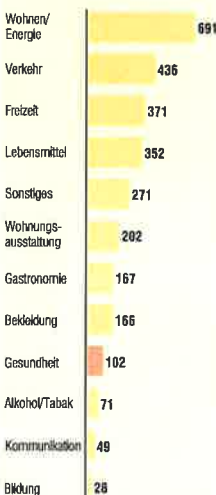
Qualität soll besser werden

Zentral in allen Fällen ist auch die Abkehr von früheren Fixpunkten: Nicht mehr länger müsse jedes Krankenhaus möglichst viele Fachbereiche anbieten – ein Standpunkt, den aus Qualitätsgründen auch die steirische Patientenanwältin Renate Skledar verfiucht: „Erst wenn man selbst oder ein naher Angehöriger betroffen ist, fängt man zu denken, dass Qualität mit Fallzahlen zu tun hat.“

GRAFIK DER WOCHE

WAS DAS LEBEN KOSTET

Durchschnittliche Ausgaben privater Haushalte in Euro (insgesamt 2.910,- € pro Monat)



Quelle: APA/Statistik Austria; Grafik: Rainald Ajpl

Universitäten I Zugangsbeschränkungen für Mediziniker
Medizinquote: Frist wird verlängert

Wien. Als notwendig bezeichneten die Rektoren der drei heimischen Medizin-Universitäten die Verlängerung des Moratoriums, mit dem die EU-Kommission die Quotenregelung in den Fächern Human- und Zahnmedizin vorübergehend duldet. Bei einem Arbeitsgespräch sprachen Herbst Lochs (Innsbruck), Wolfgang Schütz (Wien) und Josef Smolle (Graz) Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) ihre Unterstützung aus. Karl hatte die



Wissenschaftsministerin Beatrix Karl.

Verlängerung des Moratoriums bis 2015 gefordert, um die medizinische Versorgung in Österreich sicherzustellen.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) hatte bereits in einem Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso im März für die Verlängerung plädiert. Als nächster Schritt sei ein Brief von Faymann und Karl an die EU-Kommission in Planung, um „auf dieses Anliegen“ aufmerksam zu machen und „gemeinsam für die Verlängerung“ einzutreten.

75% für Österreicher

Nach der Aufhebung der Uni-Zugangsregelungen durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) im Jahr 2005 und dem darauffolgenden Ansturm deutscher Studenten vor allem im Bereich Medizin hat Österreich 2006 in den Fächern Human- und Zahnmedizin eine Quotenregelung eingeführt. Demnach sind 75% der Studienplätze für Inhaber österreichischer Reifezeugnisse reserviert, 20% für EU-Bürger und fünf Prozent für Nicht-EU-Bürger.

Universitäten II Wechsel des Unirektors war korrekt
Rechtsstreit in Graz ist entschieden

Graz. Nach drei Jahren ist nun im Streit über die überraschende Abwahl des designierten Rektors Emil Reisinger an der Medizinischen Universität Graz höchstgerichtlich entschieden worden: Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat die Beschwerde des ehemaligen Beinahe-Medizin-Rektors zurückgewiesen. Der Universitätsrat hatte wie berichtet den bereits gewählten, an der Rostocker Universität lehrenden Tropenmediziner wie-

der ab- und Josef Smolle als neuen Rektor gewählt. „Die Beschwerde wurde zurückgewiesen“, teilte der Universitätsrat der Medizinischen Universität in einer Aussendung mit. In der Begründung weist der VfGH darauf hin, dass es sich bei der bekämpften Vorgehensweise des damaligen Universitätsrats nicht um eine Abberufung eines amtierenden Rektors handele, heißt es. Reisinger habe laut Universitätsrat wegen des Fehlschlagens der Arbeitsvertragsverhandlungen „nicht die Position und damit die Rechte eines amtierenden Rektors“ erhalten.



VfGH-Präsident Gerhart Holzinger und seine Kollegen klärten Fall in Graz.

Reisinger, der im langwierigen Rektorswahlverfahren 2007/08 an der Spitze der Vorschläge des Unisensats stand, war vom Uni-Rat im Jänner (per Losentscheid) zunächst gewählt worden. In den Wochen danach gab es aber Konflikte zwischen Reisinger und dem Uni-Rat bezüglich zweier Vizerektoren. Die Arbeitsvertragsverhandlungen kamen nicht recht in Schwung – bis sich der Unirat schließlich auf den ebenfalls gereichten Grazer Dermatologen Josef Smolle einigte.